

**Heizung im Feuerwehrgerätehaus Ettlingen
- Antrag der FE – Fraktion und Stadtrat Dr. Asché vom 08.03.2006**

Beschluss: (einstimmig)

Dem Einbau der Heizungsanlage im Feuerwehrgerätehaus entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die FE-Fraktion und Stadtrat Dr. Asché stellten mit Schreiben vom 8. März 2006 folgenden Antrag:

Antrag auf Ersatz der Heizung im Feuerwehrhaus

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die FE-Fraktion beantragt, folgenden Beschluss des Gemeinderats herbeizuführen:

Im Feuerwehrhaus in der Pforzheimer Straße in Ettlingen ist die Heizung durch Ersatz eines vorhandenen Heizkessels wieder in einen dauerhaft betriebsbereiten, ausreichend leistungsfähigen Zustand zu versetzen.

Zur Begründung führen wir aus:

Immer wieder wird von den Feuerwehrleuten in Ettlingen Stadt beklagt, dass die Heizung im Feuerwehrhaus in der Pforzheimer Straße ausfällt oder keine ausreichende Wärmeleistung an besonders kalten Tagen bietet.

Herr Gemeinderat Dr. Keßler und der Unterzeichner haben daher gemeinsam mit einem Fachmann, Herrn Weber von der Firma Jörke und Weber aus Ettlingen/Spessart die Heizanlage besichtigt. Dabei wurde uns bestätigt, dass die Heizanlage, bedingt durch Mängel an der Regelung, an kalten Tagen nicht ausreichend Wärme abgibt und immer wieder Störungen an einem oder beiden Kesseln auftreten.

Dies wird auch durch das beigefügte Schreiben der Firma Jörke und Weber Haustechnik GmbH vom 07.03.2006 bestätigt.

Wie dem beigelegten Angebot zu entnehmen ist, belaufen sich die Kosten der Instandsetzung der Heizanlage auf voraussichtlich 17.446,40 €. Gleichzeitig führt der Ersatz der Heizanlage zu einer Einsparung an Heizkosten von jährlich 1.700,- bis 2.000,- €. Dabei ist eine geringere Reparaturanfälligkeit noch nicht einmal berücksichtigt.

Wir gehen davon aus, dass sich die neue Anlage in spätestens 8 Jahren amortisiert hat.

Wir haben darüber hinaus auch davon gehört, dass der zuständige Schornsteinfeger davon ausgeht, dass die Immissionswerte der jetzigen Heizanlage die gesetzlichen Vorgaben bereits heute nicht mehr voll umfänglich erfüllen.

Die im Gemeinderat wiederholt diskutierte Verlegung des Feuerwehrstandortes der Feuerwehr Ettligen steht dem Antrag nicht entgegen.

Der Zeitpunkt, an dem tatsächlich ein neues Feuerwehrhaus bezogen werden kann, ist zur Zeit nicht absehbar. Es fehlt bereits an einem geeigneten Grundstück.

Zur Finanzierung schlagen wir vor, dass die Maßnahme über die im kommunalen Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel für Reparatur und Instandhaltung von Gebäuden finanziert wird.

Wir bitten abschließend, vor Behandlung im Gemeinderat zu prüfen, ob eine Finanzierung der Maßnahme im sogenannten Contracting möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz-Jürgen Deckers
Vorsitzender

Anlagen

- wie benannt –

Stadtrat Dr. Asché hat sich dem Antrag am 08.03.2006 angeschlossen.

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die zwei vorhandenen Gasheizkessel wurden 1987 in Betrieb genommen. Sie sind dimensioniert für die Beheizung des Feuerwehrgerätehauses (ohne Sonnensaal), die Warmwasserbereitung und die Erzeugung von Warmluft für die Schlauchwasch- und Trocknungsanlage.

Durch die Notwendigkeit, den Sonnensaal beheizen zu müssen, um die Bildung von Schnee- und Eisschichten auf dem Dach auch weiterhin zu verhindern und die Mindesttemperatur von plus sieben Grad zu erhalten, wurde in den letzten Jahren der Wärmebedarf erheblich größer, ohne dass die Heizleistung erhöht wurde. Erreicht wurde dies dadurch, dass die Schlauchanlage in der Zeit, in der der Sonnensaal zu beheizen ist, nicht in Betrieb genommen wurde.

Die Abgaswerte der beiden Heizkessel übersteigen die gesetzlich zugelassenen Höchstwerte. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Prüfplakette des Schornsteinfegers für den Heizkessel ab November 2006 nochmal verlängert wird. Die Heizanlage funktioniert zwischenzeitlich nicht mehr einwandfrei.

Die bestehende Anlage ist nicht mehr zu reparieren, um die geforderten Abgaswerte und die benötigte Heizleistung für das Gerätehaus und den Sonnensaal zu erreichen. Deshalb sollte eine neue Kesselanlage vor der Heizperiode 2006/2007 installiert sein.

Die neue Heizungsanlage sollte so ausgelegt werden, dass die Schlauchwaschanlage parallel zur Beheizung des Sonnensaales erfolgen kann.

Die kostengünstigste Variante ist es, die Anlage dementsprechend höher zu dimensionieren. Dies schlägt die Verwaltung vor. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich lt. vorliegender Kostenschätzung (inkl. Nebenkosten) auf ca. 40.000,- € brutto. Der höhere Wert als im vorgelegten Angebot der Firma Jörke & Weber entsteht dadurch, dass anstatt des aus Sicht

der Verwaltung untauglichen Austauschs lediglich eines Kessels bei Weiterbetrieb des zweiten Kessels letztendlich beide Kessel stillzulegen und durch einen 165 kW Kessel auszutauschen sind. Insofern endet die Kostenschätzung unseres Fachplaners bei rd. 40.000,- € (inkl. Ingenieurleistungen) und beinhaltet neben dem Austausch beider Kessel auch notwendige Arbeiten an der Steuerung und am Kamin.

Anlagen-Contracting ist aus Sicht der Verwaltung wegen der derzeit nicht absehbaren Laufzeit der Heizung nicht sinnvoll. Contracting-Verträge, bei denen sich eine Investition durch Energieeinsparungen amortisieren, haben in der Regel Laufzeiten von mehr als zehn Jahren.

Da der Verwaltungsausschuss in der nichtöffentlichen Sitzung am 24./25. Januar 2006, Pr. Nr. 7, den Deckungskreis pauschal auf max. 3,6 Mio. € gekürzt hat, ist der Deckungskreis „Unterhaltung“ für diese Maßnahme nicht ausgelegt. Weitere zugunsten der Feuerwehrheizung zu verschiebende Maßnahmen bestehen aus Sicht der Verwaltung nicht. Eine Verschiebung von anderen Maßnahmen lehnt die Verwaltung ab, da es sich überwiegend um Schulgebäude handelt oder um Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit notwendig sind. Daher ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, einen konkreten Deckungsvorschlag zu machen.

- - -

Stadträtin Kölper erläutert den von ihrer Fraktion und Herrn Stadtrat Dr. Aschè gestellten Antrag auf Ersatz der Heizung im Feuerwehrhaus Ettlingen. Sie führt weiter aus, dass nach realer Berechnung die Kosten sich auf rund 18.000 € belaufen würden und nicht, wie von der Verwaltung angegeben, auf 40.000 €. Sie stimmt dem Beschlussvorschlag mit der Bitte zu, dass die Verwaltung die kostengünstigste Maßnahme nehme. Sie ergänzt, dass die Verwaltung die Maßnahme selbst realisieren sollte.

Stadtverwaltungsrat Metzger stellt klar, dass seine Berechnung auf der Kostenschätzung eines Fachbüros beruhe. Hierbei seien beispielsweise auch die Elektroanschlussarbeiten, Wartungsarbeiten für die Lüftungsanlage sowie für den Sonnensaal und die Heizungsanlage, einberechnet. Er weist daraufhin, dass die Verwaltung die Kosten real darstelle und dass diese im Rahmen eines Wettbewerbes geringer ausfallen könnten.

Stadträtin Dr. Langguth berichtet, dass der Austausch beider Kessel nötig sei und auch ihr die Kostendifferenz von 18.000 € zu 40.000 € aufgefallen sei. Sie ergänzt, dass auch sie auf ein günstigeres Ergebnis auf die Ausschreibung hin hoffe. Sie erkundigt sich, warum seitens der Verwaltung kein Deckungsvorschlag gegeben werde.

Oberbürgermeisterin Büssemaker informiert, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen der Haushaltsplanansatz „Gebäudeunterhaltung“ pauschal um 5 % gekürzt worden sei. Sie habe damals den Gemeinderat darauf hingewiesen, dass diese pauschale Kürzung Schwierigkeiten mit sich bringen werde. Zur Kostendifferenz erklärt sie, dass das Angebot der Verwaltung auf einer anderen Grundlage beruhe als das Angebot der FE-Fraktion.

Stadtrat Waldenmaier stimmt dem Beschlussvorschlag zu, da im Feuerwehrhaus eine funktionierende Heizung vorhanden sein müsse. Er weist daraufhin, dass es nicht Aufgabe des Gemeinderates sei, Kostenschätzungen einzuholen.

Stadtrat Siess stimmt dem Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zu, dass aus der Vorlage nicht hervorgehe, warum der Vorschlag der FE-Fraktion untauglich sei.

Stadträtin Zeh ist der Meinung, dass man sich von dem Feuerwehrneubau für die nächsten 15 bis 25 Jahren verabschieden könne. Sie würde dem Abriss des Sonnensaales und dem Bau einer neuen Fahrzeughalle zustimmen und stellt daher folgenden Antrag:

1. Dem Abriss des Sonnensaals und dem Neubau einer Fahrzeughalle gemäß den gesetzlichen Vorlagen wird zugestimmt. Die überplanmäßige Ausgabe wird durch den bereits beschlossenen Verkauf des ehemals für die Feuerwehr vorgesehenen Grundstücks gedeckt.
2. Weitere notwendige Verbesserungsmaßnahmen werden von der Freiwilligen Feuerwehr in Zusammenarbeit mit der Verwaltung aufgelistet und finden entsprechend der Dringlichkeit in den künftigen Investitionsplänen Eingang.

Stadtrat Künzel erkundigt sich, inwieweit sich der Gemeinderat treu bleibe ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen. Er stimmt dem Beschlussvorschlag zu, mit dem Hinweis, dass das günstigste Angebot genommen werde sollte.

Stadtrat Foss fordert, dass es in der heutigen Sitzung keine erneute Diskussion um die Verlegung der Feuerwehr gebe, da immer noch ein gültiger Gemeinderatsbeschluss vorliege. Er weist darauf hin, dass die Intention bei den Kürzungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen damals war, dass die Verwaltung eine Prioritätenliste erarbeiten müsse. Er stimmt dem Beschlussvorschlag zu und plädiert an die Verwaltung, dass die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt zu finden sind.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier erklärt, dass sie in den Haushaltsplanberatungen darauf hingewiesen habe, dass eine pauschale Kürzung nicht sinnvoll sei. Des Weiteren sei der Austausch der Heizung nicht in die Prioritätenliste aufgenommen worden. Sie verweist im Weiteren auf das Konnexitätsprinzip und fordert die Gemeinderäte auf, ihrerseits Deckungsvorschläge einzubringen.

Stadtrat Worms ist der Meinung, dass die Verwaltung Möglichkeiten für Einsparungen aufzeigen sollte und der Gemeinderat hierüber dann entscheide. Er fügt hinzu, dass der Antrag seiner Fraktion nicht in Kollision mit der Verlagerung der Feuerwehr stehe.

Stadtrat Rebmann ist der Meinung, dass bei Antragsstellung auch ein Kostenrahmen mitgegeben werden sollte. Er fügt hinzu, dass der Schornsteinfeger die Anlage im Herbst nicht mehr in diesem Zustand abnehmen werde.

Stadtverwaltungsrat Metzger erläutert, dass der von der Verwaltung genannte Betrag nicht nur die Heizung sondern auch andere Dinge, die die Feuerwehr an diesem Standort erhalten sollen, beinhalte. Er erklärt weiter, dass er am Jahresanfang noch keinen Deckungsvorschlag vorbringen könne, da Einsparungen in diesem Deckungskreis noch nicht absehbar seien.

Stadtrat Lorch ist der Ansicht, dass die heutige Entscheidung nichts mit der Verlagerung der Feuerwehr zu tun habe. Er ergänzt, dass er auch keine Salamitechnik wünsche, d. h. immer wieder stückchenweiße Erneuerungen. Er weist daraufhin, dass der Grundsatzbeschluss bereits seit 1997 bestehe und appelliert nochmals an die Verwaltung intensive Bemühungen, was das Grundstück angehe, vorzunehmen.

Stadtrat Dr. Ditzinger erklärt, dass er auch nicht akzeptieren könne, dass ständig gegen den Grundsatzbeschluss verstoßen werde. Er erkundigt sich, warum die Feuerwehr nicht auf der Prioritätenliste stehe.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier erläutert, dass die Verwaltung nicht wusste, dass der Schornsteinfeger die Plakette nicht mehr erteilen werde. Auch habe die Verwaltung andere Möglichkeiten durchgerechnet, die jedoch in der Summe teurer seien. Zum Antrag von Stadträtin Zeh informiert sie, dass dieser sich nicht auf den heutigen Tagesordnungspunkt beziehe und daher das nötige Quorum benötige, um im Gemeinderat behandelt zu werden.

Stadträtin Zeh möchte wissen, wann der Gemeinderat den Neubau beschließe, da ihr bei diesem Thema langsam die Ernsthaftigkeit fehle und sie eine klare Haltung des Gemeinderats für nötig halte.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist nochmals daraufhin, dass der Neubau der Feuerwehr heute nicht Thema im Gemeinderat sei und das die Verwaltung hier noch prüfe.

Bürgermeisterin Petzold-Schick ist der Meinung, dass der Neubau der Feuerwehr in drei bis vier Jahren umgesetzt werden könne und eine neue Heizungsanlage daher beschlossen werden sollte.

Stadträtin Baron stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Diesem wird mit 30:1 Stimmen zugestimmt.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig vorstehender Beschluss gefasst.

Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin